Gesetzesentwurf zur Änderung des Tierarzneimittelgesetzes“ Erläuterung

1. Warum ist das Gesetz notwendig?

Der Gesetzesentwurf „Änderungen des Tierarzneimittelgesetzes“ wurde ausgearbeitet, um die gegenseitige Einhaltung von Rechtsvorschriften sicherzustellen, unter Berücksichtigung des Gesetzesentwurfs „Änderungen des Tierschutzgesetzes“ (Nr. 148/Lp14), der am 21. Dezember 2023 in zweiter Lesung angenommen wurde. Um das oben genannte Ziel zu erreichen, muss der Gesetzesentwurf „Änderungen des Tierarzneimittelgesetzes“ gleichzeitig mit dem Gesetzesentwurf „Änderungen des Tierschutzgesetzes“ (Nr. 148/Lp14) in Kraft treten.

1. Der Gesetzesentwurf „Änderungen des Tierschutzgesetzes“ (Nr. 148/Lp14) sieht vor, dass der Eigentümer oder Halter eines Haustieres (Schoßtieres) – wie z. B. eines Hundes, einer Katze oder eines Hausfrettchens –, der das Tier züchtet, das Zuchtereignis durch einen Eintrag in der Registerdatenbank für Haustiere (Schoßtiere) registrieren muss. Besitzer der folgenden Tiere, Hunden, Katzen oder ihnen gehörenden Hausfrettchen, die diese züchten und deren Nachkommen verbringen, sind zur Schulung im Wohlergehen und Schutz von Haustieren verpflichtet. Züchter von Haustieren (Schoßtieren) werden von der Lebensmittel- und Veterinärbehörde überwacht und kontrolliert. Da die Liste der Gegenstände der staatlichen tierärztlichen Überwachung in Abschnitt 2¹ des Tierarzneimittelgesetzes festgelegt ist, muss die genannte Liste um folgenden Gegenstand der tierärztlichen Überwachung ergänzt werden: „Orte, an denen Haustiere (Schoßtiere) gezüchtet werden: Hunde, Katzen oder Hausfrettchen“.

2. § 4 Absatz 2 Satz 9 des Tierarzneimittelgesetzes sieht vor, dass die Lebensmittel- und Veterinärbehörde im Rahmen ihrer Zuständigkeit Genehmigungen für die Einrichtung von Tierheimen, Hotels, Tierhaltungsbetrieben und spezialisierten Verkaufsstellen sowie für die Einrichtung von Tierfriedhöfen erteilt. Die Lebensmittel- und Veterinärbehörde erteilt keine Genehmigungen für den Betrieb der oben genannten Gegenstände, die der amtlichen tierärztlichen Überwachung unterliegen, sondern registriert sie im Register der Gegenstände, die der amtlichen tierärztlichen Überwachung gemäß den Kabinettsverordnungen für den Betrieb des betreffenden Gegenstands unterliegen. § 4 Absatz 2 Satz 10 des Tierarzneimittelgesetzes sieht vor, dass die Lebensmittel- und Veterinärbehörde die der amtlichen tierärztlichen Überwachung unterliegenden Gegenstände registriert. Vor diesem Hintergrund ist § 4 Absatz 2 Satz 9 des Tierarzneimittelgesetzes auszuschließen.

3. Abschnitt 21³ Absatz 1 des Gesetzes über Tierarzneimittel sieht vor, dass die örtliche Behörde die Überwachung und Kontrolle der Einhaltung der Anforderungen an die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden gewährleistet, die in den Rechtsvorschriften über das Registrierungsverfahren für Haustiere (Schoßtiere) im betreffenden Verwaltungsgebiet festgelegt sind, während § 21³ Absatz 2 vorsieht, dass die örtliche Behörde bei der Überwachung und Kontrolle der Einhaltung der genannten Rechtsvorschriften befugt ist, Verwaltungsakte über die Kennzeichnung und Registrierung von Hunden zu erlassen. Da dem Besitzer und Halter eines Tieres die Verpflichtung auferlegt werden soll, sicherzustellen, dass eine Katze und ein

Hausfrettchen bis zum Alter von vier Monaten mit einem Mikrochip versehen werden, über einen Haustierausweis verfügen und in der Registerdatenbank für Haustiere (Schoßtiere) (im Folgenden „Datenbank“) des landwirtschaftlichen Datenzentrums registriert sind, und, wenn das Tier vor dem Alter von vier Monaten verbracht wird, die genannte Verpflichtung bis zum Zeitpunkt der Verbringung im Namen des Übergebers erfüllt werden muss, ist es erforderlich, § 21³ Absatz 1 und 2 des Tierarzneimittelgesetzes zu ändern, um die Bestimmungen auf Katzen und Hausfrettchen auszuweiten.

4. Derzeit sieht § 59 Absatz 17 des Tierarzneimittelgesetzes vor, dass Besitzer oder Halter von Tieren sicherstellen müssen, dass ein Hund bis zu einem Alter von vier Monaten mit einem Mikrochip gekennzeichnet wird, über einen Haustierausweis (Schoßtierausweis) verfügt und in einer Datenbank registriert ist. Wenn ein Hund bis zu einem Alter von vier Monaten verbracht wird, muss diese Verpflichtung bis zum Zeitpunkt der Verbringung im Namen des Übergebers erfüllt werden. § 59 Abs. 18 des Tierarzneimittelgesetzes wiederum sieht vor, dass Tierbesitzer oder Tierhalter, die einen Hund aus einem anderen Land mitbringen, innerhalb von zehn Tagen nach seiner Einführung sicherstellen müssen, dass er über einen Haustierausweis (Schoßtierausweis) verfügt und im Namen des Besitzers oder der in der Veterinärbescheinigung als Empfänger des Hundes angegebenen Person in der Datenbank registriert wird, und dass, wenn der Hund veräußert werden soll, diese Verpflichtung bis zum Zeitpunkt der Veräußerung erfüllt wird.

In zweiter Lesung billigte die Saeima die im Gesetzesentwurf „Änderungen des Tierschutzgesetzes“ (Nr. 148/Lp14) enthaltenen Genehmigungen für das Ministerkabinett, Verordnungen über das Wohlergehen und den Schutz von Haustieren (Schoßtieren) sowie Verordnungen über Tierheime zu erlassen. Auf der Grundlage der oben genannten Genehmigungen hat das Ministerium für Landwirtschaft Verordnungsentwürfe des Ministerkabinetts ausgearbeitet, die in bestimmten Fällen die obligatorische Kennzeichnung von Katzen mit einem Chip und die Registrierung in der Datenbank vorsehen:

1) Entwurf einer Kabinettsverordnung über das Wohlergehen und den Schutz von Haustieren (Schoßtieren) (TAP-Portal Nr. 22-TA-842, vom 24. Mai 2023 bis zum 7. Juni 2023, zur öffentlichen Konsultation vorgelegt). Der Verordnungsentwurf sieht Folgendes vor:

a) Eine Katze, die älter als sechs Monate ist, darf sich im Besitz oder unter der Kontrolle ihres Besitzers oder Halters frei außerhalb des Bereichs aufhalten, wenn sie sterilisiert, mit einem Mikrochip gekennzeichnet und in einer Datenbank gemäß den Gesetzen und Vorschriften über die Verfahren für die Registrierung von Haustieren (Schoßtieren) registriert wurde;

b) eine nicht sterilisierte Katze darf sich außerhalb des Bereichs ihres Besitzers oder Halters aufhalten, wenn sie ein Halsband hat, das keine Verletzungen verursacht und nicht erstickt, und die Katze sich an der Leine oder in einem Behälter, Beutel oder Käfig befindet, der für die Bewegung eines Haustieres (Schoßtieres) bestimmt ist; 3

2) Entwurf einer Kabinettsverordnung über Tierheime und Tierhotels (TAP-Portal Nr. 23-TA-1455, vom 22. August 2023 bis zum 5. September 2023 zur öffentlichen

Konsultation vorgelegt). Der Verordnungsentwurf sieht vor, dass ein Tierheim eine Katze, die ihm überbracht wurde und nicht mit einem Mikrochip gekennzeichnet sowie nicht in der Datenbank registriert ist, in die Datenbank eintragen, gegen Tollwut impfen und innerhalb von 72 Stunden einen Haustierausweis (Schoßtierausweis) ausstellen muss. Darüber hinaus ist festgelegt, dass das Tierheim eine Katze verbringen kann, wenn die Katze mit einem Chip gekennzeichnet ist, in einer Datenbank registriert ist, gegen Tollwut geimpft ist und einen Haustierausweis (Schoßtierausweis) hat. Die Kabinettsverordnung soll zeitgleich mit dem Inkrafttreten des Gesetzesentwurfs „Änderungen des Tierschutzgesetzes“ am 1. Juli 2024 in Kraft treten. Der Gesetzesentwurf „Änderungen des Tierschutzgesetzes“ (Nr. 148/Lp14) sieht vor, dass der Besitzer oder Halter eines Haustieres (Schoßtieres) – wie eines Hundes, einer Katze oder eines Hausfrettchens –, der das Tier züchtet, verpflichtet ist, die Tatsache der Zucht des Tieres durch einen Eintrag in die Datenbank zu registrieren. Derzeit sieht die Kabinettsverordnung Nr. 359 vom 21. Juni 2022 über das Verfahren zur Registrierung von Haustieren (Schoßtieren) vor, dass ein Hund, der mit einem Chip gekennzeichnet ist, in der Datenbank registriert wird, und dass eine Katze und ein Frettchen, die mit einem Chip gekennzeichnet sind, registriert werden können.

Die Verordnung (EU) Nr. 576/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juni 2013 über die Verbringung von Haustieren zu anderen als Handelszwecken und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 998/2003 (im Folgenden „Verordnung Nr. 576/2013“) sieht vor, dass Hunde, Katzen und Hausfrettchen, die zu anderen als Handelszwecken (wie Reisen, Teilnahme an Ausstellungen und Wettbewerben) in einen anderen Mitgliedstaat verbracht werden, mit einem Mikrochip gekennzeichnet, mit einem Haustierausweis (Schoßtierausweis) versehen und gegen Tollwut geimpft sein müssen. In Anbetracht dessen sind viele Katzenbesitzer oder -halter bereits oder bald verpflichtet, sicherzustellen, dass die Katze mit einem Mikrochip gekennzeichnet ist, einen Haustierausweis (Schoßtierausweis) hat und in der Datenbank registriert ist. Somit gelten die in § 59 Abs. 17 und 18 des Tierarzneimittelgesetzes genannten Verpflichtungen nicht nur für Hunde, wie dies derzeit der Fall ist, sondern auch für Katzen und Hausfrettchen. Damit Besitzer oder Halter von Katzen und Frettchen der Pflicht zur Kennzeichnung und Registrierung von Tieren nachkommen können, ist es erforderlich, eine angemessene Übergangsfrist für Katzen und Hausfrettchen vorzusehen, die vor dem Datum des Inkrafttretens der Änderungen des Abschnitts 59 des Tierarzneimittelgesetzes geboren wurden.

Da Informationen über die Impfung von Katzen und Hausfrettchen derzeit im Impfzertifikat enthalten sind, ist es erforderlich, eine Übergangsbestimmung festzulegen, wonach Impfzertifikate, die für Katzen und Hausfrettchen bis zum Datum des Inkrafttretens der Änderungen von § 59 Absatz 17 des Tierarzneimittelgesetzes ausgestellt wurden, die die Bereitstellung eines Haustierausweises (Schoßtierausweises) für Katzen und Hausfrettchen vorsehen, während des gesamten Lebens der Katze und des Hausfrettchens gültig sind. Die Übergangsbestimmung gilt nicht für Tiere, für die ein Haustierausweis (Schoßtierausweis) gemäß den Anforderungen der Verordnung (EU) Nr. 576/2013 erforderlich ist.

2. Welche Auswirkungen kann das Gesetz auf die Entwicklung von Gesellschaft und Wirtschaft haben?

Der Gesetzesentwurf gewährleistet die Rückverfolgbarkeit von Haustieren (Schoßtieren) – Katzen und Hausfrettchen – im Falle der Verbringung und eine schnellere Identifizierung des Besitzers des Tieres im Falle des Verlusts. Das Register für Haustiere (Schoßtiere) gewährleistet die Registrierung von Tieren in einer einzigen Datenbank, in der Informationen über Tierbesitzer (Halter) und bezeichnete Tiere sowie Informationen über Ereignisse im Zusammenhang mit Tieren (Impfungen, Besitzerwechsel, Tod eines Tieres usw.) gespeichert sind. Die neuen Rechtsvorschriften werden zu Folgendem beitragen: 1) Um die Anzahl der streunenden Katzen zu begrenzen; 2) die Lebensmittel- und Veterinärbehörde in die Lage zu versetzen, die Ausbreitung der Tollwut (eine gefährliche Infektionskrankheit, von der sowohl Tiere als auch Menschen betroffen sind) zu kontrollieren und zu begrenzen; 3) den Staat und die Gemeindepolizei in die Lage zu versetzen, die öffentliche Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten und auf Fälle von Tierquälerei zu reagieren; 4) die Suche und Wiederauffindung des Tieres durch den Besitzer zu erleichtern, wenn es verschwunden ist. Der Besitzer eines Haustieres (Schoßtieres) oder seine bevollmächtigte Person zahlt der tierärztlichen Praxis für die Kennzeichnung und Erstregistrierung des Tieres: 1) gemäß Kabinettsverordnung Nr. 880 vom 17. September 2013 „Preisliste der öffentlich bezahlten Dienstleistungen des landwirtschaftlichen Datenzentrums“ – eine Gebühr für die Registrierung eines Haustieres (Schoßtieres) in der Datenbank gemäß den Gesetzen und Vorschriften über die Preisliste der öffentlich bezahlten Dienstleistungen des landwirtschaftlichen Datenzentrums – 9,00 EUR (MwSt. wird nicht erhoben); 2) gemäß Kabinettsverordnung Nr. 359 vom 21. Juni 2022 über das Verfahren zur Registrierung von Haustieren (Schoßtieren) – eine Gebühr für die vom praktizierenden Tierarzt erbrachte Dienstleistung zur Sicherstellung der Registrierung von Haustieren (Schoßtieren) – 5,50 EUR (MwSt. wird nicht erhoben).

Von nun an haben nicht nur Hunde, sondern auch Katzen und Hausfrettchen, unabhängig davon, ob sie das Land verlassen oder ihr ganzes Leben lang in Lettland leben, ein einziges Gesundheitsdokument – einen Haustierausweis (Schoßtierausweis). So wird der Besitzer der Katze oder des Hausfrettchens auch ein einziges Gesundheitsdokument verwenden, das alle vom Tier erhaltenen Impfstoffe an einem Ort anzeigt und erforderlichenfalls in der Lage sein, sich mit dem Tier im Gebiet der Europäischen Union frei zu bewegen, ohne die Dokumente zu ändern und ohne das Tier gegen Tollwut erneut zu impfen.

3. Welche Auswirkungen kann das Gesetz auf die Staatshaushalte und die Kommunalhaushalte haben?

Der Gesetzesentwurf wird die Rückverfolgbarkeit von Hauskatzen und Hausfrettchen gewährleisten und so die Zahl der streunenden Tiere und die Belastung der lokalen Gebietskörperschaften durch die in den Rechtsvorschriften über den Tierschutz und den Schutz von streunenden Tieren festgelegten Verpflichtungen in Bezug auf das Einfangen, die Unterbringung, die Instandhaltung und die Pflege von streunenden Tieren verringern. 4. Welche Auswirkungen kann das Gesetz auf das

geltende Rechtssystem haben? Die Kabinettsverordnung Nr. 359 vom 21. Juni 2022 über das Verfahren für die Registrierung von Haustieren sollte geändert werden, um die Registrierung von Katzen und Hausfrettchen sicherzustellen, die derzeit eher eine Wahl als eine obligatorische Anforderung ist. 5. Welche internationalen Verpflichtungen Lettlands erfüllt der Gesetzesentwurf? Der Gesetzesentwurf wirkt sich nicht auf diesen Bereich aus. 6. Welche Konsultationen haben bei der Ausarbeitung des Gesetzes stattgefunden? Bei der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs fanden Konsultationen mit dem Ministerium für Landwirtschaft und der Lebensmittel- und Veterinärbehörde statt.

7. Wie wird das Gesetz durchgesetzt? Die Durchsetzung des Gesetzes wird von der Lebensmittel- und Veterinärbehörde, dem landwirtschaftlichen Datenzentrum und den lokalen Regierungen im Einklang mit ihren Zuständigkeiten sichergestellt.